

Zeitschrift: Zeitschrift für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1987)
Heft: 4

Artikel: Landwirtschaft im Kreuzfeuer : was soll ein Bauer kosten? [Fortsetzung]
Autor: Müller, E.R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-937826>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was soll ein Bauer kosten?

(Fortsetzung aus Heft Nr. 3/1987)

Ausweg: Immer mehr

Wer die wachsende Differenz in dieser Preis-Kosten-Schere ausgleichen, wer sein Einkommen halten, wer es gar noch wie die übrige Bevölkerung verbessern wollte, der hatte als Landwirt nur einen Weg zum Überleben: Rationalisieren, mechanisieren, spezialisieren, konzentrieren, intensivieren, mehr und billiger produzieren – aus Boden und Tieren alles herausholen, was sie unter Einsatz von mehr Maschinen, mehr Kapital, mehr Schulden, mehr zugekauften Futtermitteln, mehr Dünger und mehr Chemie hergeben. Genau das aber wird heute den Bauern und der diese Zwänge verursachenden Landwirtschaftspolitik zum Vorwurf gemacht.

Die moderne, intensive Landwirtschaft hat zu Auswüchsen in der Tierhaltung, insbesondere bei den Schweinen und Hühnern, geführt. Es gibt heute Bauern, die mit keinem oder sehr wenig eigenem Land einen



Mittellandbauern beim Pflügen. (Fotos: Peter Studer; SVZ).

durch rationalisierten Grossbetrieb führen. Das Futter für die Tiere kaufen sie hinzu. Zum Grossteil ist dieses importiert. Neben dem tierschützerischen Aspekt stellen die Kritiker auch die Frage, wieso solche «Tierfabrikanten» vom schweizerischen Agrarschutz profitieren sollen. Im Krisenfall, bei geschlossenen Grenzen, könnten sie gar nicht zur Ernährung der Bevölkerung beitragen.

Umweltschäden

Die intensive Düngung und der Einsatz von Schädlings- und Unkrautvertilgungsmitteln hat zu einer auffälligen Verarmung der Natur geführt. Der Naturschutzbund führt eine lange Liste von bereits ausgerotteten und gefährdeten Pflanzen und Tieren. Ihr Lebensraum wird zerstört – allerdings nicht nur durch die Landwirtschaft, weil sie nicht zur Kategorie der «Nutzpflanzen» und «Nutztiere» gehören.

Lebensmittelkontrolleure und Konsumenten klagen über Rückstände von Tierarzneimitteln im Fleisch, von giftigen Pflanzenschutzmitteln im Gemüse und im Obst und über zu hohe Nitratgehalte im Trinkwasser. Die biologisch wirtschaftenden Bauern geniessen im Vergleich zu den konventionell wirtschaftenden ein immer besseres Ansehen in der Bevölkerung. Ihre Produkte kennen keine Überschuss- und Absatzprobleme, obwohl sie teurer sind.

Und schliesslich kommt die Landwirtschaftspolitik von einer weiteren Seite unter Beschuss: Die Schweiz ist ein Exportland. Ihre Industrie ist auf freie Waren- und Handelsströme angewiesen. Entwicklungsländer, in die sie Maschinen exportieren will, können die notwendigen Devisen oft nur mit Agrarprodukten verdienen. In der Schweiz treffen die Entwicklungsländer auf geschlossene Grenzen (ausgenommen bei Produkten, die hier aus klimatischen Gründen nicht wachsen). Wie kaum ein anderes Land hat die Schweiz einen Schutzwall zugunsten der eigenen Landwirtschaft errich-

tet. Im Zoll- und Handelsabkommen GATT beansprucht sie für sich zahlreiche Ausnahmeregelungen. Diesen Agrarprotektionismus, der die Exportwirtschaft behindert, hat Fritz Leutwiler kritisiert. Er ist heute Verwaltungsratspräsident bei Brown Boveri in Baden.

Sein Standpunkt trifft sich wiederum mit den Interessen der Grossverteiler und Konsumentenvertreter. Mit dem Argument «Wir wollen uns den Speisezettel nicht vorschreiben lassen» kritisieren sie den Agrarschutz. Es stört beispielsweise, dass ausländische Käsespezialitäten an der Grenze verteuert werden, dass der Weinimport kontingentiert ist und neuerdings, dass der Bauernverband nun auch zusätzliche Importhemmnisse für Wild, Geflügel und Fische verlangt, damit das einheimische Fleisch besser abgesetzt werden kann.

Rezepte für eine bessere Landwirtschaftspolitik gibt es mindestens ebenso viele wie Kritiken, und sie widersprechen sich auch ebenso sehr. Der Bundesrat hat in seinem umfangreichen, 1984 publizierten, sechsten Landwirtschaftsbericht seine Politik als gelungen und erfolgreich geschildert. Mit Blick auf die Europäische Gemeinschaft erinnert er daran, dass die Probleme nirgends kleiner sind als in der Schweiz. Grundsätzlich wolle er deshalb seine Landwirtschaftspolitik nicht ändern.

Unterdessen sind aber Entwicklungen eingetreten, die in Bern wie in Brugg (am Sitz des Bauernverbandes) ein Umdenken eingeleitet haben. Zwei Jahre hintereinander konnten nun die Bauern keine neuen Preisbegehren bei den Hauptprodukten Milch und Fleisch stellen. Die Überschuss situation machte sie zum vornherein chancenlos. Da Preiserhöhungen wie auch Produktionsausweitungen, auch auf weitere Sicht, nicht mehr möglich sind, muss nun die Einkommenssicherung auf einem anderen Weg gesucht werden.

Mit Direktzahlungen aus dem Dilemma?
Bisher hat sich der Bauernverband (unter dem Einfluss der Grossbauern, die von der hergebrachten Preis-Einkommenspolitik profitieren) strikt gegen die Einführung von sogenannten Direktzahlungen gewehrt. Subventionen, die der Briefträger überbringt und die nicht abhängig von einer Produktion leistung des Bauern sind, kämen einem Almosen gleich.

Direkte Einkommenszahlungen gibt es aber bereits für die Berglandwirtschaft in Form von Bewirtschaftungs- und Tierhalterbeiträgen, und sie werden dort nicht als Almosen empfunden, sondern als gerechtfertigte Bezahlung einer Leistung: Die Bergbauern kultivieren die Landschaft, bewahren sie vor der Vergandung, und sie erhalten unter sehr erschwerten Verhältnissen die Produktionsbereitschaft für den Krisenfall.

Nun hat der Bauernverband in diesem Frühjahr erstmals die Einführung von Direktzahlungen auch für die Bauern im Talgebiet gefordert. Er hat damit eine Wende in seiner Politik vollzogen, die in nichtbäuerlichen Kreisen schon lange empfohlen wird. Man verspricht sich davon, dass der Preis wieder seine Funktion der Produktionslenkung übernehmen kann, dass also die Überschüsse abgebaut werden.

Sind die Bauern durch direkte Einkommenszahlungen vom Produktionsdruck befreit, so lautet die Hoffnung, werden sie nicht nur weniger, sondern auch weniger intensiv produzieren. Das könnte dann mehr Importe von landwirtschaftlichen Produkten ermöglichen, der Industrie bessere Exportchancen eröffnen sowie Umwelt, Natur und Nahrungsmittel von den Spuren der agrochemischen Hilfsstoffe entlasten.

Der Bundesrat, der wie der Bauernverband bisher direkte Zahlungen ablehnte, scheint allerdings von all diesen segensreichen Wirkungen noch nicht überzeugt. Er stellt zwar ab 1988 einstweilen 90 Millionen Franken jährlich in Aussicht, bis Ende dieses Jahres soll aber noch eine 21köpfige Expertenkommission die Auswirkungen von Direktzahlungen und deren rechtliche Ausgestaltung abklären.

E. R. Müller

Weniger Landwirtschaftsbetriebe

wf. Zwischen 1955 und 1985 nahm die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe um 42 % von 205 997 auf 119 731 ab. Gleichzeitig sank die Zahl der in der Landwirtschaft haupt- und nebenberuflich tätigen Männer von 439 764 auf 194 218 und der Frauen von 299 952 auf 119 855. Der Rückgang der Betriebe im Berggebiet betrug 31 %, so dass 1985 noch 47 589 Betriebe existierten.